

GPK rügt Regierungsrat Krähenbühl

Liestal. Dem Baudirektor (SVP) habe die nötige Sensibilität gefehlt

MARKUS PRAZELLER

Jörg Krähenbühl hat keine Ausstandsregeln verletzt, als er an einer Sitzung zu der Reinacher Kap-Haltestelle teilnahm. Kritik muss er sich dennoch gefallen lassen.

Ein halbes Jahr hatte die landrätliche Geschäftsprüfungskommission (GPK) ermittelt. Am Samstag präsentierte sie ihren Bericht – und stellte zweierlei fest: Jörg Krähenbühl hatte keine Ausstandsregeln verletzt, als er an einer Sitzung zu den Kap-Haltestellen, bei denen das Trottoir bis an die Geleise vorgezogen ist, teilnahm. Die Sitzung habe keinen Einfluss auf die Beschlussfassung gehabt, heisst es im Bericht. Die GPK hält aber auch fest: Krähenbühl fehlte die «nötige Sensibilität» – auch mit Blick auf die öffentliche Wahrnehmung.

Ausserdem sei Krähenbühl «zu spät» in den Ausstand getreten, schreibt die GPK weiter. Laut der Rechtssprechung des Bundesgerichts müssten Behördenmitglieder schon beim blossen Anschein von Befangenheit in den Ausstand treten.

Hier sei auch die Gesamtregierung gefordert, so die GPK.

Anlass zur Untersuchung gab der Entscheid von Baudirektor Krähenbühl (SVP), zum Schutze von Velofahrern keine Kap-Haltestellen mehr zu bauen. Ein umstrittener Beschluss: Krähenbühl selbst ist privat von einem solchen Projekt betroffen, zwei Parkplätze vor seiner Liegenschaft in Reinach sollten einer Kap-Haltestelle weichen. Als eine Arbeitsgruppe zum Entschluss kam, eine solche Haltestelle in Reinach sei die beste Lösung, ging er nicht darauf ein. Als das Misstrauen gegen ihn wuchs, trat Krähenbühl in den Ausstand. Sicherheitsdirektorin Sabine Pegoraro (FDP) übernahm das Dossier.

«NICHTS BÖSES». Trotzdem nahm Krähenbühl an einer Sitzung zum Thema teil. Er selbst äusserte sich im Februar zu den Vorwürfen. Gegenüber den Medien erklärte er, an der fraglichen Sitzung nur zugehört zu haben. Nachdem ein anwesender Gutachter dieser Darstellung widersprach,



Jörg Krähenbühl. Umstritten war sein Entscheid, zum Schutz von Velofahrern keine Kap-Haltestellen mehr zu bauen. Foto Mischa Christen

krebste er zurück und gab zu, «einige Fragen» rund um die Sicherheit der Velofahrer gestellt zu haben. Er habe sich jedoch «nichts Böses» vorzuwerfen. Jörg Krähenbühl war am Wochenende für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

Anlass zur Kritik bot auch das Verhalten der GPK, die sich

für die Untersuchung der «Causa Krähenbühl» ein halbes Jahr Zeit nahm – und erst gar nicht ermitteln wollte. Schon im April fanden SP-Präsident Martin Rüegg und CVP/EVP-Fraktionspräsidentin Elisabeth Schneider deshalb deutliche Worte für die «Verzögerungstaktik» der Kommission.